

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 22 (1947)
Heft: 6

Vereinsnachrichten: Verhandlungen der Generalversammlung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahrestagung 1947 in Olten

Die Jahrestagung unseres Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, die am 31. Mai und am 1. Juni 1947 stattfand, hinterließ, trotzdem keinerlei Besichtigungen und Festakte damit verbunden waren, bei allen Teilnehmern einen nachhaltigen Eindruck. Da oder dort mag man zunächst enttäuscht gewesen sein, als die Einladung zur Tagung schon nach verhältnismäßig wenig Jahren wieder auf Olten lautete. (Der Zentralvorstand hatte etwas ganz anderes vorgesehen, die Quartierfrage aber und weitere widrige Umstände nötigten ihn, seine Absichten umzustellen.) Wird eine Zusammenkunft in Olten nicht recht trocken, vielleicht sogar ordentlich langweilig ausfallen? so fragte man sich da und dort. Was wartet da auf uns anderes als ein allgemeines «Palaver», dessen Inhalt man zum voraus kennt! so mag man etwa argumentiert haben.

Die Tagung hat zu unserer Genugtuung jenen rund 400 Besuchern recht gegeben, die sich nicht abschrecken ließen. Und wenn man abwandeln darf: «Jeder Verband hat die Tagung, die er verdient», so hat unser Verband diesmal nicht schlecht abgeschnitten. Die beiden Tage in Olten standen von allem Anfang an unter einem guten Zeichen: sie galten der lebhaften, kritischen, des öfters scharfen, aber mit wenig Ausnahmen immer sachlichen Aussprache über das gegenwärtig weitaus wichtigste Problem, die *Wohnungsbauförderung*, genauer gesagt über die Reduktion der Bundeshilfe und die Gefährdung der öffentlichen Hilfe überhaupt. Bekanntlich hatte die Vertretung unseres Verbandes in der vom Bundesrat eingesetzten kleinen Expertenkommission mit ihren Forderungen nicht durchzudringen vermocht. Aber auch «gewichtigere» Stimmen in der nationalrätslichen Kommission zur Be-

ratung des Entwurfes zu einem neuen Bundesbeschuß waren, während sie uns noch vor Jahresfrist unsere «Schwäche» vorgeworfen hatten, nun selbst laut übertrönt worden. Gegen den geplanten Abbau der Bundeshilfe konnte daher nur mehr ein direkter Appell an die Mitglieder der eidgenössischen Räte selbst in Aussicht genommen werden. Der Zentralvorstand hatte diesen Weg bereits vorbereitet. Wie richtig er damit die allgemeine Auffassung zum voraus beurteilt hatte, zeigte die fast einstimmige Annahme seiner Resolution sowohl als auch der Vorschläge für ein weiteres Vorgehen.

Die beiden *Referate* – von Herrn Ingenieur *Werner* (Zürich) über Landesplanung und Wohnbaupolitik in England am Samstagabend und von Herrn Dr. *Max Weber* über die wirtschaftliche Lage der Schweiz und die Wohnungsbaufrage am Sonntagvormittag – schufen den vorzüglichen festen Grund zur Aussprache über die oben erwähnten Fragen. Beide *Referate* waren wohldokumentiert und boten, jedes auf seine Art, eine klare, gründliche Übersicht und Einführung in volkswirtschaftlich wichtige Gebiete.

Daß das gemeinsame Mittagessen, bei welchem Anlaß die Delegierten durch die Herren *Dir. Meyer* von der eidgenössischen Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung und *Gemeinderat Schädeli* (Olten) freundliche Worte und Wünsche entgegennehmen durften, glatt und ohne zu lange «Aufenthalte» verlief, trug mit dazu bei, daß man von der ganzen Veranstaltung einen guten Eindruck mit nach Hause nahm. Die Jodlergruppe, durch die Stadtverwaltung Olten zu unserer großen Überraschung aufgeboten, fand eine begeisterte Zuhörerschaft und rundete das Bild der Tagung 1947. Doch übergeben wir damit das Wort dem Protokollführer!

Verhandlungen der Generalversammlung

Zur Eröffnung der Generalversammlung enthielt Zentralpräsident *Straub* den erschienenen Genossenschaftsmitgliedern und Genossenschaftern sowie den Behördevertretern und Abgeordneten verwandter Verbände die herzlichsten Willkommensgrüße. Der Aufmarsch von über 380 Delegierten zeige, welch großes Interesse der Versammlung entgegengebracht werde. An der Tagung ließen sich folgende Behörden, Ämter und Verbände vertreten:

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement und Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung durch Herrn *Dir. Dr. Meyer* und Herrn *Ing. Lusser*;

Bundesamt für Sozialversicherung durch Herrn *Dr. Schelbert*;

Eidgenössisches Gesundheitsamt durch Herrn *Wirz*;

Schweizerische Bundesbahnen durch Herrn *Galli*;

Kantonales Baudepartement Solothurn durch Herrn *Arn*;

Baudepartement Baselstadt durch Herrn *Dr. Schaffner*;

Departement des Innern Baselstadt durch die Herren *Nußbaumer*, *Dr. Rud. Frey* und *Robert Frey*;

Kantonales Hochbauamt Zürich durch Herrn *Schmid*;

Kantonales Arbeitsamt Bern durch Herrn *Dr. Dürig*;

Conseil Communal de Fribourg durch Mr. *Meuwly*;
Municipalité de Lausanne durch Mr. *P. Emery*;
Ville de Genève durch Mr. *Ducret*;
Bauinspektorat der Stadt Bern durch Herrn Architekt *Müller*;
Stadt St. Gallen durch die Herren *Stadtrat Hauser* und *Hanselmann*;

Stadtrat von Olten durch die Herren *Gemeinderat Schädeli*, *Baupräsident Straumann*, *Bauverwalter Keller*, *Stadtschreiber Flury*;

Stadtrat von Zürich durch die Herren *Stadtbaumeister Steiner*, *Bauassistent Brunner* und *Finanzsekretär Frey*;

Verband Schweizerischer Konsumvereine durch Herrn *Dr. Ruf*;

Schweizerischer Gewerkschaftsbund durch Herrn *Dr. Wyß*;

Schweizerischer Technikerverband durch Herrn Architekt *Amberg*.

Entschuldigungen für die heutige Tagung gingen ein von:
Herrn *Stadtammann Dr. Meyer*, Olten;
Herrn *Regierungsrat Henggeler*, Zürich (Regierungsrat des Kantons Zürich);

Herrn Nationalrat Reinhard, Bern (Kantonale Baudirektion Bern);
Herrn Epting, Zürich (Kantonale Wohnungsbaukommission Zürich);
Herrn Stadtrat Löpfe und Herrn Sulzberger (Stadtrat Winterthur);
Baudirektoren-Konferenz;
Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft.

Anschließend führt Präsident *Straub* aus, daß die Wohnungsnot heute eine weltweite Frage geworden sei. Die Gründe, die in dieser Beziehung für die Schweiz mitspielten, dürften wohl allen bekannt sein. Wir hätten daher alle Ursache, uns intensiv mit dieser Frage zu beschäftigen. Unsere Bestrebungen müßten dahin gehen, die Wohnungsnot zu überwinden, wenn es schon fast unmöglich erscheine, weil die Subventionen reduziert oder gar abgebaut werden sollen. Es handle sich um Schicksalsfragen für die kommende Wirtschaft. Alles sei daran zu setzen, um in Staat und Gemeinden Verständnis für die Wohnungsnot und den Wohnungsbau zu wecken. Mit diesen Worten erklärt Präsident *Straub* die Versammlung als eröffnet.

Zur *Traktandenliste* stellt Herr *Häfliger* (Luzern) die Anfrage, ob eine Aussprache über die mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Fragen stattfinde, worauf der Vorsitzende Auskunft gibt, daß der Zentralvorstand unter Traktandum 8 eine Resolution vorlege, die sich mit diesen Fragen befasse und über welche eine Diskussion walten soll. Hierauf wird die Geschäftsliste in der vorliegenden Form und Reihenfolge genehmigt.

Als *Tagessekretär* für die heutige Tagung wird auf Antrag des Präsidenten, Hans *Neuweiler* (Zürich) bestimmt.

1. Jahresbericht

Der Jahresbericht 1946, erschienen in Nr. 5 des «Wohnen» 1947, wird vom Vorsitzenden abschnittsweise zur Diskussion gestellt. Beim Abschnitt «Fonds de roulement» wünscht Herr Nationalrat *Steinmann* (Zürich) Auskunft, ob betreffend Erhöhung des Fonds mit den Bundesbehörden Verhandlungen gepflogen worden seien. Der Fonds stamme aus dem Jahre

1922, einer Zeit, in welcher die Bautätigkeit viel geringer war als heute. Für neugegründete Baugenossenschaften habe der Fonds in bezug auf die Finanzierung der ersten Projekte immer gute Dienste geleistet. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß nicht allen Gesuchen entsprochen werden konnte. Präsident *Straub* antwortet, daß seinerzeit eine Eingabe erfolgte und inzwischen wiederholt mit eidgenössischen Ämtern und Stellen verhandelt wurde. Aus den Besprechungen habe man den Eindruck gewonnen, daß eine Erhöhung des Fonds nicht möglich sei. Der Zentralvorstand werde die Frage der Erhöhung neuerdings prüfen und wenn möglich diesbezügliche Schritte unternehmen.

Der Abschnitt «Das Wohnen» gibt dem Vorsitzenden Veranlassung, an die Delegierten den aufmunternden Appell zu richten, unser Verbandsorgan in vermehrtem Maße für ihre Genossenschaften und deren Mieter zu abonnieren.

Unter dem Abschnitt «Verschiedenes» macht Herr *Bürgi* (Zürich) auf die außerordentlichen Unterschiede im Submissionsverfahren aufmerksam. Die Differenzen zwischen den Maxima und Minima mahnten direkt zum Aufsehen. Diese Frage sollte durch den Zentralvorstand in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung gestellt werden. Präsident *Straub* erklärt, daß der Zentralvorstand die Frage der Baumaterialpreise in der heutigen Vormittagssitzung behandelt und eine Eingabe an die eidgenössische Preiskontrollstelle beschlossen habe.

In der anschließenden *Abstimmung* wird der Jahresbericht 1946 mit großer Mehrheit genehmigt.

2. Jahresrechnung

Die Jahresrechnung 1946, ebenfalls in Nr. 5 des «Das Wohnen» publiziert, schließt mit einem Überschuß von Fr. 2278.29 ab. Herr *Irniger* verliest den Bericht der Revisoren, die die Jahresrechnung unter Entlastung des Vorstandes und des Quästors zur Annahme empfehlen. Die *Abstimmung* ergibt einstimmige Genehmigung der Jahresrechnung 1946.

3. Wahlen

Wahlen in den *Zentralvorstand*. Zur Ergänzung des Vorstandes schlägt Präsident *Straub* die Herren *Baldinger*, Präsi-



Der Schweiz. Verband für
Wohnungswesen tagt
in Olten

dent der Sektion Zürich, und Ständerat *Klöti*, der als Vertreter des Bundes zurücktritt, vor. Die beiden Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Wahl der *Rechnungsrevisoren*. Die bisherigen Revisoren, Herr *L. Schaltenbrand* und Herr *J. Jenny*, werden einstimmig wieder bestätigt. Für den zurückgetretenen Ersatzmann, Herrn *Wyßling* (Basel) soll von der Sektion Basel ein anderer Vertreter bestimmt und als gewählt betrachtet werden. Die Versammlung erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden.

4. Anträge und Resolutionen

Anträge der Mitglieder. Präsident *Straub* gibt bekannt, daß die *Sektion Zürich* folgenden Antrag eingereicht habe: «Der Tagungsort ist jeweilen von der Generalversammlung zu beschließen. Es ist wünschenswert, daß die Sektionen, die die nächste Tagung übernehmen wollen, ihre Anmeldung an der Generalversammlung anbringen.» Der Vorsitzende erklärt hierzu, daß der Zentralvorstand mit dem Antrag einig gehe, soweit er technisch durchführbar sei. Auch die Versammlung stimmt zu.

Im weiteren teilt Präsident *Straub* mit, daß die *Section Romande* das Verlangen gestellt habe, wir möchten in bezug auf den neuen Bundesbeschuß betreffend der Subventionen sofort mit den Bundesbehörden in Kontakt treten. Hierzu sei zu sagen, daß der Zentralvorstand in der kleinen Expertenkommission des Bundes vertreten war und heute in dieser Sache eine Resolution zuhanden der Bundesbehörden zur Abstimmung bringen werde.

In der nun folgenden *Aussprache* eröffnet Herr *Bürklin* (Genf) den Reigen der Diskussionsredner. Von den Verhältnissen in Genf ausgehend, erklärt er, daß eine Resolution nicht genüge, da die Gefahr für unsere Bestrebungen sehr groß sei. Die Dispositionen des Zentralvorstandes seien zu spät erfolgt. Die Expertenkommission habe die Interessen der Mieter nicht gewahrt. Es sollte mit den politischen Organisationen versucht werden, auf die Bundesbehörden einzuwirken. Schon anfangs der vierziger Jahre habe die *Section Romande* auf die Gefahren aufmerksam gemacht. In gleichem Sinne äußern sich Herr *Borel* (Genf), der die Resolution als eine Abschwächung der Anregungen der *Section Romande* auffaßt, und Herr *Jaquet* (Genf). Auch sie weisen hin auf die besonders schwierige Lage in Genf, das jahrelang einen starken Leerwohnungsstand aufzuweisen hatte, nun unter der Wohnungsknappheit leidet und gerade in diesem Moment die Subventionen nur mehr in stark gekürzter Form soll erhalten können. Von diesem Gesichtspunkte aus würde Herr *Borel* es durchaus als gerecht empfinden, wenn man alle diejenigen, die von einem Mehrwert ihrer Liegenschaften gegenwärtig profitieren können, zu einer Sondersteuer zugunsten des Wohnungsbauheranziehen würde.

Herr Nationalrat *Steinmann* (Zürich) verweist darauf, daß in der nationalrätslichen Kommission von zwei Seiten der weitgehende Antrag auf Nichteintreten gestellt worden sei, da mit Ende 1947 die Subventionierung des Wohnungsbauheranziehen würde. Diese Tendenz werde auch im Rate zum Ausdruck kommen. Die Herabsetzung der Subventionen auf 5 und 10 Prozent wurde mit Sparmaßnahmen begründet. Wenn nicht ein Umschwung eintrete, dürfte der Antrag der beiden Kommissionen im Rate durchgehen. Eine Änderung der Vorlage habe keine große Aussicht auf Verwirklichung. Aber auch bei einer Annahme der Vorlage bestehen die große Gefahr, daß die Bautätigkeit der Genossenschaften zurückgehen werde, denn bei den jetzigen Baupreisen und der stets noch wachsenden Teuerung könne nie-



Die Tagung war lebhaft!

mand das Risiko übernehmen, weitere Projekte in Angriff zu nehmen. Dann bleibe für die minderbemittelte Bevölkerung nur der kommunale Wohnungsbau übrig.

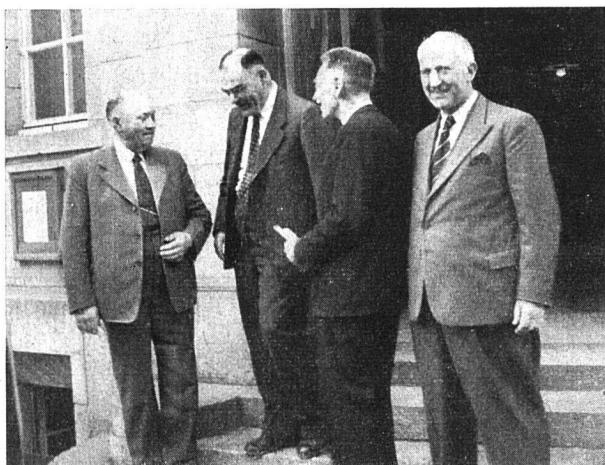
Präsident *Straub* weist darauf hin, daß der Verband in der Expertenkommission vertreten war. Die Bemühungen um die Erhöhung der Subventionsansätze blieben leider fruchtlos. Der Vorstand sehe eine substantielle Eingabe an die eidgenössischen Räte und die Bundesbehörden vor, so daß dem Antrag von Herrn *Bürklin* stattgegeben werde. Die tatkräftige Mithilfe der Genossenschaften und ihrer einflußreichen Personen sei aber für den Zentralvorstand zur Unterstützung dringend erforderlich.

Herr *Häfliger* (Luzern) bezeichnet drei Substanzen als lebensnotwendig: Nahrung, Kleidung und Wohnung. Erstere zwei Faktoren seien durch die Rationierung geregelt worden, während man den Sektor «Wohnen» einfach schlitteln ließ. Wenn die Baugenossenschaften die Bautätigkeit nicht aufgenommen hätten, wäre die Lage auf dem Wohnungsmarkt noch schlimmer. Trotzdem wir für die Öffentlichkeit bauen, werde den Genossenschaften der Kampf angesagt. Wir sollten uns in der Subventionsfrage an das Schweizervolk wenden. Wir wollen ja keinen Gewinn, wir wollen nur, daß die Menschen anständig und zu erschwinglichen Mietpreisen leben können.

Um die richtige Basis für eine ersprießliche Diskussion zu schaffen, verliest der Vorsitzende die vom Zentralvorstand beschlossene *Resolution*, die nicht nur an die Räte und Behörden, sondern auch an die Öffentlichkeit gerichtet sei:

«Die Jahrestagung des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, besucht von 400 Delegierten gemeinnütziger Baugenossenschaften aus der ganzen Schweiz, beschließt zur Frage der Förderung des Wohnungsbauheranziehen die folgende Kundgebung zuhanden des Bundesrates und der eidgenössischen Räte:»

Im Jahre 1941 hat der Schweizerische Verband für Wohnungswesen in einem Programm eine vernünftige Lenkung des Wohnungsbauheranziehen im Sinne der Anpassung der Wohnungspopulation an den Bedarf gefordert und vor einer neuen Verknappung des Wohnungsbauheranziehen gewarnt. Die Wohnungsknappheit ist inzwischen zur Tatsache geworden und hat sich zu starker Wohnungsnachfrage entwickelt. Der Schweizerische Verband für Wohnungswesen anerkennt die bisherigen Leistungen von Bund, Kanton und Gemeinden im Interesse der Förderung und Erleichterung des Wohnungsbauheranziehen. Die



Unsere Delegierten im Gespräch

Tatsache jedoch, daß in einem Moment, da die Wohnungsnot für große Teile der Mieterschaft zu unhaltbaren Zuständen führt und der Baukostenindex weiter ansteigt, die Subventionen des Bundes gemäß dem Entwurf zu einem neuen Bundesbeschuß herabgesetzt werden sollen und damit auch diejenigen von Kantonen und Gemeinden eine Reduktion erfahren werden, erfüllt weite Kreise der Bevölkerung mit Bestürzung. Unser Land, das unversehrt aus dem Kriege hervorgegangen ist, böte in der Tat der Welt ein beschämendes Beispiel, wenn wir nicht imstande sein sollten, die für die fortgesetzte Subventionierung des Wohnungsbaues erforderlichen Mittel aufzubringen, und zwar so weit, daß mindestens der voraussichtlich verlorene Bauaufwand gedeckt ist, und so lange, bis ein angemessener Leerwohnungsstand erreicht ist.

Wir möchten mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die ernste Gefahr besteht, daß die verantwortungsbewußten Genossenschaften mit den von Bund und Kanton herabgesetzten Subventionen überhaupt nicht mehr bauen können zufolge der unerschwinglich werdenden Mietzinsen. Die Wohnungsnot würde damit zum Dauerzustand.

Der Schweizerische Verband für Wohnungswesen ersucht die eidgenössischen Räte in dringlichster Form, bei der Beratung des Bundesbeschlusses über die Wohnbauförderung Hand zu bieten dafür, daß die Wohnungsfrage in unserem Lande in absehbarer Zeit gelöst werden kann.»

Herr Architekt Gilliard (Lausanne) erläutert den Standpunkt des Zentralvorstandes und die Resolution in französischer Sprache.

Es ist nicht so, daß wir uns zum voraus geschlagen geben, erklärt Herr Stadtrat Peter (Zürich). Die Resolution soll Aufklärung im Volke schaffen. Auch eine Pressekonferenz werde in Aussicht genommen, ein Mitglied des Zentralvorstandes sei beauftragt worden, eine Eingabe an die Bundesbehörden vorzubereiten. Der Ansicht von Herrn Burklin (Genf) müsse zugestimmt werden, daß hier unvereinbare Gegensätze bestehen, wenn einerseits billige Mietzinse verlangt und auf der andern Seite die Subventionen abgebaut werden sollen. Der Beschuß des Bundesrates werde auch nachteilige Folgen in den kantonalen und Gemeindebeiträgen zeitigen. Mit 30 Prozent Subventionen könne die Kriegsteuerung nicht mehr abgedeckt werden. Ebenso bedauerlich sei, daß auch die Kostengrenze pro Zimmer geändert werden soll. In der Expertenkommission wurde die Angelegenheit nur vom rein fiskalischen und nicht vom sozialen Standpunkt aus betrachtet. Als ein Unrecht müsse die Tendenz betrachtet werden, daß

man die Zweizimmerwohnungen ganz von der Subventionierung ausschließen oder nur reduziert unterstützen will bei dem großen Mangel dieser Wohnungskategorie. Vom Standpunkt des Familienschutzes aus sei dies eine falsche Ansicht. Im weiteren solle daran erinnert werden, daß die Aufhebung jeglicher Lenkung der Bautätigkeit uns sehr geschadet habe. Nach roher Schätzung gehen zum Beispiel in der Stadt Zürich durch den Abbruch von Häusern zwischen 500 und 1000 Wohnungen verloren.

Herr Nationalrat Steinmann (Zürich) wünscht, daß in die Resolution auch die Forderung aufzunehmen sei, daß der Verband gegen die Aufhebung der Mietpreiskontrolle sei. Wir müßten uns im Interesse der Mieter gegen die Forderungen der Grund- und Hauseigentümer wehren, vielleicht könnte für diese Materie eine besondere Resolution in Frage kommen. Es sollte zum Ausdruck kommen, daß wir auf gemeinnütziger Grundlage und für kinderreiche Familien bauen.

Herr Stadtrat Muheim (Luzern) prangert die Verhältnisse in Luzern an. Man versuche, die Baugenossenschaften mundtot zu machen, um sie in ihrer Tätigkeit zu hemmen. Die Wohnbaupolitik des Bundes sei direkt gegen die Genossenschaften gerichtet, wie es noch nie der Fall war. Nicht nur der Abbau der Subventionen, sondern auch die Einkommensbegrenzung bedeute ein Hindernis für die Genossenschaften. Man müsse sich heute tatsächlich fragen, ob es noch interessant sei, sich mit dem Wohnungsbau zu beschäftigen, wenn einem alle diese Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. In bezug auf die Aufhebung der Mietpreiskontrolle könne man auch anderer Meinung sein.

Herr Dr. Wieser (Basel) führt aus, daß sich auch die privaten Hausmeister gegen die strengen Vorschriften wenden. Es fehle eine zentrale Lenkung des Wohnungsmarktes. Bezuglich Sistierung der Preiskontrolle dürfe man nicht verallgemeinern, die Stellung der Hausbesitzer sei nicht so einfach. Was in den Zeitungen stehe, müsse vielfach als Propaganda angesehen werden. Eine Ergänzung in der Resolution wäre notwendig hinsichtlich der Preiskontrolle auf den Bauten, die schärfer gehandhabt werden sollte.

Herr Nationalrat Oldani (Zürich) bemerkt, daß unter dem Drucke des Volkes der Bundesrat die Aufgabe habe, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Man müsse sehr deutlich reden. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft sei den Herrschaften das Genossenschaftswesen allgemein ein Dorn im Auge, weil es ihrer Besitzesmacht gefährlich werden könnte. Der Krieg habe nicht die sozial Schwachen, sondern die sozial Starken gestärkt, darum holen diese Schichten jetzt zum Schlag aus. Wir müßten den Hebel andernorts ansetzen und aus unsern Mietern Genossenchafter machen und sie für die Aufgaben geistig vorbereiten. Es gebe heute einen genossenschaftlichen Ökonomismus, aber wir besitzen noch kein kollektives Genossenschaftskapital, in einer Zeit, wo alles auf die politischen Machtverhältnisse ankäme. Ferner sollte der Verband einmal die Frage der schweizerischen Grundrente mit der Genossenschaftlichen Zentralbank diskutieren. Der Redner kommt noch auf die Lohnforderungen der Bauarbeiter zu sprechen und bezeichnet die Angaben des Schweizerischen Baumeisterverbandes, wonach die Lohnerhöhungen eine Bauversteuerung von 25 Prozent zur Folge hätten, als eine Lüge. Nach den Berechnungen des HBV würden die Mehrkosten nur 8 Prozent ausmachen.

Herr Zentralverwalter Stoll (Basel) erinnert daran, daß die Konsumgenossenschaften sich mit den gleichen Problemen befassen müssen, wie die Wohn- und Baugenossenschaften. Eine Vertiefung des Genossenschaftsgeistes sei wünschbar, beim VSK könne diesbezügliche Literatur bezogen werden.

In der Resolution könne auch darauf hingewiesen werden, daß wir mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau im Sinne des Familienschutzes arbeiten. Die Förderung des Genossenschaftswesens sei verfassungsmäßig niedergelegt und es mude schon sonderbar an, wenn ein Bundesrat öffentlich erklären könnte, gewisse Worte hätten nur deklamatorischen Wert.

Herr Burklin (Genf) setzt sich nochmals für die Forderungen der Section Romande ein. Wenn die Subventionen reduziert werden, sei jede Bautätigkeit unmöglich. Diese Tatsache müsse als Hauptmoment in den Vordergrund gestellt werden. Es sei schon reichlich spät, wie wolle man die Meinungen der andern noch ändern?

Herr Tyrluch (Zürich) möchte in der Resolution zum Ausdruck bringen, daß die Ursachen der Wohnungsnot in der Politik des Bundes zu suchen seien. Die Resolution sollte heute noch nicht zur Abstimmung gebracht, sondern durch eine Neuredigierung schärfer gefaßt werden. Die Baugenossenschaften sollten nicht verantwortlich gemacht werden können, wenn auf dem Wohnungsmarkt ein Schlamassel eintrete.

Herr Dr. Kunz (Basel) warnt vor einer Häufung von Problemen in der Resolution. Die Hauptsache sei, bauen zu können, und zwar möglichst billig.

Präsident Straub erklärt, daß die Resolution bewußt in der vorliegenden Form abgefaßt wurde. Es sollte nur ein Punkt in den Vordergrund gestellt werden. Die übrigen aufgeworfenen Fragen könnten in einer Eingabe zusammengefaßt werden.

Herr Tyrluch hält an seinem Antrag auf Verschiebung der Beschußfassung fest, während die Herren Stadtrat Muheim (Luzern) und Stadtrat Peter (Zürich) dafür eintreten, die Entschließung heute zur Abstimmung zu bringen.



Lebhafte Diskussion in der Freizeit

Aus der Mitte der Versammlung fällt der *Ordnungsantrag* auf Abstimmung, die vom Vorsitzenden in dem Sinne vorgenommen wird, daß mit der Genehmigung der Resolution auch die vorgesehene Eingabe an die Bundesbehörden und an die eidgenössischen Räte beschlossen sei.

Abstimmung. Mit großer Mehrheit wird die Resolution in der verlesenen Fassung gutgeheißen.

Mit einem Wort des Dankes und mit der Einladung zum Besuch der beiden Referate schließt Präsident Straub die Generalversammlung um 18.10 Uhr.

Der Aktuar: Hans Neuweiler.
(Schluß folgt in nächster Nummer.)

ZUM 6. JULI: AHV UND DIE WIRTSCHAFTSARTIKEL

Ein kräftiges JA für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung legen die Genossenschafter am 6. Juli in die Urne!

Eine genossenschaftliche Landsgemeinde für die AHV

Der Morgen dieser am Sonntag, dem 1. Juni, von prächtigem Wetter begünstigten *Kundgebung für die Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung* im Grauholz bei Schönbühl (Kanton Bern) galt mit der Feldpredigt von Pfarrer Lauterburg (Schönbühl) der Besinnung auf die christliche Verpflichtung zum sozialen Fortschritt, zur Sicherung der Existenz der Alten, der Witwen und der Waisen.

Am Nachmittag konnte H. Althaus, Präsident des Kreisverbandes der deutschsprachigen Konsumgenossenschaften des Kantons Bern und des freiburgischen Seeb Bezirkes, an die 7000 Teilnehmer der ersten genossenschaftlichen Landsgemeinde willkommen heißen. Nationalrat M. Weber überbrachte die Grüße des Verbandes

schweizerischer Konsumvereine und dankte dem Kreisverband, der Konsumgenossenschaft Schönbühl und den mitwirkenden Musik-, Gesangs- und Schülergruppen für die vortreffliche Organisation und Durchführung der Veranstaltung.

In seinem ausführlichen und trotz der beträchtlichen Sonnenwärme aufmerksam aufgenommenen Referat wies sodann Nationalrat R. Bratschi auf die dringliche soziale Notwendigkeit des am 6. Juli zur Abstimmung vorliegenden Werkes hin:

Die Genossenschaften haben unserem Staat nicht nur den Namen gegeben; aus ihnen entsprang auch der Geist, der ihn geformt und immer wieder zusammengehalten hat. Ihre Rolle ist noch nicht ausgespielt;